
(Name, Vorname)

(Ort, Datum)

(Straße)

(Wohnort)

(Personal-Nummer)

(Beih.-Sachb.-Nr.)

Anerkennungs- und Verpflichtungserklärung

1. Auf Grund des Beihilfeantrages vom _____ wird zu den unfallbedingten Aufwendungen ohne Anerkennung einer Rechtsverpflichtung eine vorläufige Beihilfe unter Rückforderungsvorbehalt gezahlt.
2. Ich verpflichte mich, mit allen rechtlichen Möglichkeiten den gegenüber der Beihilfe vorrangigen Anspruch nach dem Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten (OEG) bei der für mich zuständigen Behörde z. B. Außenstelle des Landesamtes für soziale Dienste des Landes Schleswig-Holstein in Heide, Kiel, Lübeck oder Schleswig geltend zu machen und zu verfolgen.

Soweit dieses Antragsverfahren nicht entsprechend betrieben wird, wird der Beihilfebetrug zur Rückzahlung fällig.

3. Nach Abschluss des Verfahrens bei dem Landesamt für soziale Dienste erfolgt die endgültige Beihilfeberechnung unter Berücksichtigung der Leistung nach dem Opferentschädigungsgesetz.

Ich verpflichte mich dann, den vom Dienstleistungszentrum Personal des Landes Schleswig-Holstein gewährten Beihilfebetrug zu erstatten.

Das Dienstleistungszentrum Personal des Landes Schleswig-Holstein ist auch berechtigt, diesen Betrag direkt vom Landesamt für soziale Dienste anzufordern.

Unterschrift